

## 800.000 Flüchtlinge in Deutschland – aber der Ampel ist Syrien egal

Stand: 13.12.2021 | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Alfred Hackensberger**  
Korrespondent



Kein globaler Konflikt hat die Bundesrepublik so geprägt wie der syrische Bürgerkrieg. Die Flüchtlingskrise spaltet bis heute das Land – und noch immer leben rund 800.000 Syrer in Deutschland. Vor diesem Hintergrund ist die Syrien-Strategie der Ampel verstörend.

Der Trick ist einfach. Das syrische Regime berechnet jeden Dollar, den es aus dem Ausland erhält, nach einem von ihm vorgeschriebenen, niedrigen Wechselkurs. Auf dem Schwarzmarkt gibt es doppelt bis dreimal so viel. Die Differenz wird abgeschöpft. Auf diese Weise hat die Regierung von Präsident Baschar al-Assad 2020 von jedem Hilfs-Dollar der UN 51 Cent abgezweigt. Alleine die syrische Nationalbank konnte so bislang 60 Millionen Dollar bunkern. Insgesamt sollen mindestens 100 Millionen verschwunden sein. Dies hat das Center for Strategic & International Studies (CSIS) (<https://www.csis.org/analysis/how-assad-regime-systematically-diverts-tens-millions-aid>) in Washington herausgefunden.

Die syrische Regierung braucht dringend Geld, nachdem US-Sanktionen den Außenhandel schwer getroffen haben. Das Regime „verstaatlichte“ bereits reihenweise Privatfirmen im Handstreich und stieg selbst in den Drogenhandel ein. Die UN-Hilfen sind ein weiteres, relativ unkompliziertes und lukratives Geschäft.

## Honig aus Hilfen

„Das Ganze hat System“, sagt Carsten Wieland. „Das Regime versteht auf clevere Weise, aus internationaler Hilfe Honig zu extrahieren“, sagt der Autor eines Buches, das die „Dilemmata von humanitärer Hilfe durch autoritäre Regime“ beschreibt. Völkerrechtlich ist es Usus, dass UN-Organisationen mit Regierungen wie der in Damaskus zusammenarbeiten. „Aber es stellt sich natürlich die Frage, ob das noch angebracht ist, wenn ein Staat für die Katastrophe und massive Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist“, sagt Wieland.

Der syrische Bürgerkrieg (/themen/syrien-konflikt/) hat bislang 500.000 Todesopfer gefordert. Das halbe Land liegt nach wie vor in Trümmern. Zwölf Millionen Syrer leben im Ausland, 6,2 Millionen Menschen sind Binnenflüchtlinge. 90 Prozent der Bevölkerung leben in

Armut. Über die Hälfte hätte ohne die Unterstützung Schätzungen zufolge nicht genug zu essen. Das Assad-Regime, einer der Hauptschuldigen der dramatischen Situation, verdient nun Geld mit dem von ihm erzeugten Elend.

Zu den missbrauchten Ressourcen zählen auch deutsche Finanzmittel. Schließlich ist Deutschland nach Amerika das zweitgrößte Geberland in Syrien. Seit 2018 hat die Bundesregierung insgesamt 595 Millionen Euro für UN-Programme gezahlt. Der überwiegende Teil davon wird über Damaskus abgewickelt, wie eine Anfrage im Bundestag im Juli ergab.

Die Bundesregierung hat dieses Jahr insgesamt 1,7 Milliarden Euro für die Versorgung der Zivilbevölkerung zugesagt. 120 Millionen Euro mehr als noch im Vorjahr. Wie will die neue grüne Außenministerin Annalena Baerbock und Bundeskanzler Olaf Scholz (/themen/olaf-scholz/) sicherstellen, dass deutsche Steuergelder nicht weiter das Unrechtsregime von Präsident Assad finanzieren?

Im Koalitionsvertrag ist nur ein einziger Satz zu finden. Die neue Ampel-Regierung will „die humanitäre Katastrophe eindämmen und humanitäre Hilfe auf hohem Niveau fortsetzen“. Dabei geht es für Deutschland um sehr viel. Über 800.000 syrische Flüchtlinge leben mittlerweile in der Bundesrepublik.

Bisher verfolgte Deutschland mit seinen Zahlungen ein klares Ziel. „Statt Migration in andere Länder zu fördern, befähigen sie Menschen dazu, in der Nähe der Heimat zu bleiben“, sagte der menschenrechtspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Michael Brand, nach der Syrien-Geberkonferenz im März.

Dass humanitäre Hilfe eine Prävention gegen Migration ist, bestreitet Bassam al-Kuwatli. Er arbeitet seit 2013 in der Türkei (/themen/tuerkei-politik/) für Nichtregierungsorganisationen im syrischen Hilfssektor. „Die Menschen in den Flüchtlingslagern sind sicher nicht glücklicher, weil sie Hilfe bekommen und davon abhängig sind. Ihr Wunsch nach Migration verringert sich dadurch nicht.“

Auch eine Rückkehr von bereits in Deutschland lebenden Flüchtlingen in die Heimat dürfte umso unwahrscheinlicher werden, je mehr [Assad \(/themen/baschar-a1-assad/\)](/themen/baschar-a1-assad/) seine brutale Herrschaft mit den Hilfgeldern konsolidiert. Für viele der Flüchtlinge warten in Syrien nur Gefängnis und Folter.

Hilfen zu zahlen, um Menschen von der Flucht abzuhalten, kritisiert Thomas Osten-Sacken, Geschäftsführer der seit 30 Jahren im Nahen Osten tätigen Hilfsorganisation Wadi e.V. „Wir können von einem Ablasshandel sprechen. Gegen Bezahlung erhofft man sich Ruhe vor Flüchtlingen. Die politische Krise wandelt man in humanitäre Hilfe um.“

## **Kaum Optionen für die Ampel**

Seiner Meinung nach besitzt die neue Bundesregierung kaum Optionen in Syrien. Zum einen seien die Strukturen des internationalen Hilfsbusiness generell zu eingefahren, sagt Osten-Sacken, der den Sektor seit vielen Jahren von innen her kritisiert. „Das ist leider ein größtenteils korruptes System, das auf mehreren Ebenen auf Abhängigkeiten basiert und die Transparenz vermissen lässt“, sagt er. „Und für Assad ist die Hilfe ein Kapital, das er sich nicht entgehen lassen will.“

Auch Konstantin Witschel, Projektkoordinator der Welthungerhilfe in der Türkei, fordert ein Umdenken. „Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit den anderen humanitären Gebern den Geldtransfer neu aufstellen.“ Nur so könne man den Missbrauch von Mitteln für Notleidende unterbinden.

Sollte das nicht geschehen, werde die Welthungerhilfe auch weiterhin nicht unter dem Assad-Regime arbeiten. Der Tätigkeitsbereich der Organisation beschränkt sich derzeit auf die von den Rebellen gehaltene [Provinz Idlib \(/themen/idlib/\)](/themen/idlib/). Die im Nordwesten des Landes gelegene Region ist die letzte Bastion der Aufständischen in Syrien und wird von radikalen Islamisten regiert. Dort leben drei Millionen Menschen, von denen viele schon mehrfach im Laufe des Bürgerkriegs flüchten mussten.

Setzt sich die Bundesregierung nicht für Reformen des Hilfssystems ein, könnte das syrische Regime bald seinen Zugriff ausweiten und die einzige Institution sein, über die die gesamte UN-Hilfe abgewickelt wird. Noch ist ein Grenzübergang in die Türkei für Lieferungen offen. Aber der könnte sich bald schließen. Russland, der wichtige Verbündete Assads, muss im UN-Sicherheitsrat nur sein Veto einlegen.

Dieses Jahr sollen bereits zwei Probeläufe stattgefunden haben. Das Regime transportierte von Damaskus auf dem Landweg UN-Hilfsgüter nach Idlib. Für das Regime wäre diese Route eine zusätzliche lukrative Einnahme und ein politisches Druckmittel gegen die verhassten Rebellen.

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/235583030>